



komba
gewerkschaft

schleswig-
holstein

komba gewerkschaft e.V. • Hopfenstraße 47 • 24103 Kiel

An die Pressevertreter

Fachgewerkschaft
für den öffentlichen Dienst

Hopfenstraße 47
24103 Kiel

Telefon: 0431.535579-0
Fax: 0431.535579-20

Mail: info@komba-sh.de
Web: www.komba-sh.de

Vereinsregister: VR 7506 KI

6. Januar 2025

Ende Friedenspflicht: komba warnt vor Kollaps im TVöD

Umfassende Reformen gefordert

Kiel – Die komba gewerkschaft schleswig-holstein schlägt Alarm: Der öffentliche Dienst steuert aufgrund des Personalmangels auf einen Kollaps zu. „Wir erleben einen Ausverkauf, der schon heute die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen und des Landes bedroht“, so Daniel Schlichting, Landesvorsitzender der komba. „Handeln wir jetzt nicht entschlossen, gerät die Daseinsvorsorge für alle in Schleswig-Holstein in ernste Gefahr.“

Mit Auslaufen der Friedenspflicht im TVöD zum 31. Dezember 2024 drohen damit erste Warnstreiks in den schleswig-holsteinischen Kommunen. Der komba liegt derzeit kein Angebot der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) vor. Die erste Verhandlungsrunde ist für den 25.01.2025 vorgesehen. 2023 waren bundesweit rund 2,5 Millionen Beschäftigte und Auszubildende bei kommunalen Arbeitgebern tätig, in Schleswig-Holstein etwa 100.000.

Alarmierende Zahlen: 230.000 Tarifbeschäftigte werden fehlen

Der Personalmangel hat bereits heute gravierende Ausmaße erreicht: Mehr als 100.000 kommunale Stellen sind bundesweit unbesetzt. In den nächsten zehn Jahren werden rund 500.000 der Beschäftigten in den Ruhestand gehen, was bis 2030 eine gewaltige Lücke von 230.000 fehlenden Mitarbeitern hinterlässt. Besonders kritische Bereiche wie die Ver- und Entsorgung, Betreuung der Infrastruktur und die Kindertagesstätten stehen vor enormen Herausforderungen. „Berufliche Qualifikationsmerkmale herabzusetzen, um mit der Einstellung sonstiger Beschäftigter die Situation irgendwie zu retten, mit dieser Lösung sind die kommunalen Arbeitgeber und die Landesregierung auf dem Holzweg. Ausbildung und Fachkräfte müssen endlich wertschätzend vergütet werden, sonst wird weder Personal angeworben noch gehalten“, so Schlichting.

Betriebs- und volkswirtschaftlicher Blackout drohen

Wenn die Verschlechterung im öffentlichen Dienst sich so verstärken wird, drohen neben einem organisatorischen Blackout auch betriebs- und volkswirtschaftliche Schäden. Eine durch Überlastung verzögerte Bearbeitung von Anträgen in Kombination mit unattraktiven Arbeitsbedingungen wird zu erheblichen wirtschaftlichen Schäden führen, die sich auf viele Bereiche des öffentlichen Lebens und der Privatwirtschaft auswirken werden.

Digitale Defizite überwinden

Neben wettbewerbsfähigen Tarifbedingungen liegt ein weiterer Lösungsansatz in der Digitalisierung. Die steckt jedoch in Deutschland bislang in den Kinderschuhen. Die kommunalen Bürgerbüros, Zulassungsstellen und Jobcenter in Schleswig-Holstein sind prägnantes Beispiel dafür: Bürger*innen warten oft Wochen auf einen Termin, weil die Digitalisierung der Prozesse schleppend vorankommt. Ein Blick über die Grenze zu unseren Nachbarn in Dänemark zeigt, wie es gehen kann: Nahezu alle Behördengänge können dort bereits digital erledigt werden. Deutschland hingegen setzt weiterhin auf ineffiziente Eigenentwicklungen und verzichtet bewusst auf professionelle Lizenzsoftware, was den Gesamtprozess signifikant verlangsamt.

Unterfinanzierung in den Kommunen

Neben den Tarifbedingungen und der digitalen Problematik kämpft der öffentliche Dienst mit erheblichen finanziellen Herausforderungen. Denn die Landesregierung von Schleswig-Holstein plant Kürzungen der Fördermittel für Kommunen, was insbesondere Investitionen gefährdet. „Das ist der völlig falsche Ansatz“, kritisiert Schlichting. „Gerade jetzt müssen wir in unsere kommunale Infrastruktur investieren, um langfristig handlungsfähig zu bleiben und der Privatwirtschaft und deren Beschäftigten innovative Dienstleistungen anbieten zu können.“

Unzureichende Kita-Finanzierung und Kritik der Wirtschaftsweisen

Weiterer kritischer Punkt ist das Kita-Gesetz in Schleswig-Holstein, das eine enorme Finanzierungslücke von über 100 Millionen Euro reißt. Die Kommunen befürchten dabei, dass sie die finanziellen Risiken allein tragen müssen. „Diese Vorgehensweise wird die bereits bestehende Belastung der Kommunen nur noch weiter verschärfen“, warnt Schlichting. Mit Blick auf den ab 2026 bestehenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen fordert die komba gewerkschaft schleswig-holstein eine realistische Finanzierung. „Wann bekommen wir endlich eine nachhaltige und strategische Finanzierung, die nicht nur von einer Legislatur zur nächsten reicht, sondern den realen Anforderungen gerecht wird“, so der Landesvorsitzende in seiner Kritik.

Expertenstimmen bestätigen die komba-Forderungen

Monika Schnitzer, Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, bestätigt die schlechten Zustände in der Kinderbetreuung: „Sie sind nicht zuverlässig, schließen zu viele Wochen im Jahr. Man kann sich auf die Kitas nicht verlassen. Um das Kita-System zu stärken, brauche es mehr Geld und Personal. Hochqualifizierte Kinderbetreuung ist zudem extrem wichtig für die Integration.“, so die Wirtschaftsweisin gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dazu im ZDF: „Deutschland brauche jährlich zusätzliche Investitionen von 40 Milliarden Euro in Straßen, Schienen, Brücken und Schulen.“

Andre Berghegger, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, erläuterte in dem Zusammenhang den Zeitungen der Funke Mediengruppe: „Fehlendes Personal wird die Arbeit des öffentlichen Dienstes und vor allem der Kommunen massiv beeinträchtigen und kann die Daseinsvorsorge an den Rand des Zusammenbruchs bringen. Ohne schnelle Maßnahmen wird dies gravierende Folgen für die Bürgerinnen und Bürger und den Standort Deutschland haben.“

Erst Anfang Dezember 2024 hatte sich der Städteverband Schleswig-Holstein gegen die vom Land geplanten Kürzungen ausgesprochen und die "Neumünsteraner Erklärung" verabschiedet. Darin heißt es, Land und Kommunen könnten die Zukunftsaufgaben nur partnerschaftlich bewältigen.

Und **Cyrus de la Rubia**, Chefökonom der Hamburg Commercial Bank, ergänzte im NDR, die Forderungen der Gewerkschaften für die Einkommensrunde im TVöD seien „(...) insofern nachvollziehbar, als die Geldentwertung vielen privaten Haushalten immer noch in den Knochen steckt. Stellt man beispielsweise den Vierjahresvergleich an, sind die Preise heute knapp 20 Prozent höher als Ende 2020.“

Forderungen: Flexible Arbeitsmodelle und attraktive Tarifbedingungen

Insgesamt wird damit aufgezeigt, ohne besser vergütete und flexible Arbeitszeitmodelle sowie echte Arbeitsentlastung durch Neuorganisation, kann die Attraktivität des öffentlichen Dienstes nicht erhöht werden. Um das zu erreichen, fordert die komba gewerkschaft schleswig-holstein eine Tariflohnerhöhung von 8 Prozent, wenigstens jedoch 350 Euro pro Monat, drei zusätzliche Urlaubstage zur Entlastung der Beschäftigten sowie einen weiteren Urlaubstag für gewerkschaftliche Mitglieder. Zudem soll es eine zusätzliche Zahlung von monatlich 200 Euro für alle Auszubildenden und die Einführung eines Langzeitarbeitskontos geben, über das die Tarifbeschäftigten selbst verfügen können. „Bis vor Kurzem wurde die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin nicht einmal vergütet. Es braucht weder Betriebs- noch Volkswirte, um die Konsequenzen dieser Politik zu beschreiben.“, so der Landesvorsitzende der komba gewerkschaft sh.

Die komba gewerkschaft ist die führende Fachgewerkschaft für den öffentlichen Dienst. Sie vertritt bundesweit rund 100.000 Angestellte im TVöD, TV-L, bei kommunalen Dienstleistern sowie Kommunal- und Landesbeamte und ist im Dachverband des dbb beamtenbund und tarifunion organisiert.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Sehleier
Leiter der Geschäftsstelle